

# **Arbeitspapier**

herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 78  
Elvira Giebel-Felten

## **Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im EU-Vergleich 1962-2001**

Sankt Augustin, Juni 2002

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel  
Leiter der Hauptabteilung  
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“  
Telefon: 0 22 41/246-630  
E-Mail: [stephan.eisel@kas.de](mailto:stephan.eisel@kas.de)

Elvira Giebel-Felten  
Team „Soziale Marktwirtschaft“  
Telefon: 0 22 41/246-275  
E-Mail: [elvira.giebel-felten@kas.de](mailto:elvira.giebel-felten@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

# Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

## Wirtschaftswachstum

Die 60er Jahre, die Regierungszeit von Bundeskanzler Ludwig Erhard und Hans-Georg Kiesinger, waren die Jahre des dynamischen Wirtschaftswachstums mit Raten von 7,5 Prozent. Deutschland wuchs Mitte und Ende der 60er Jahre wesentlich dynamischer als die anderen EU-Staaten, war aber als bedeutende Exportnation stärker von der Rezession 1966/67 betroffen. Nach dem Boom traf die Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre Europa und besonders Deutschland mit voller Härte. Die durchschnittlichen Wachstumsraten des westeuropäischen Bruttoinlandsproduktes fielen auf 2,8 Prozent für den Zeitraum 1970/1982, in Deutschland unter den SPD-geführten Bundesregierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt auf 2,4 Prozent. Zwischen 1984 und 1990 entwickelten sich die Bundesrepublik Deutschland unter Bundeskanzler Helmut Kohl und die europäischen Volkswirtschaften insgesamt wieder günstiger. Im Zeitraum 1990/1998 wuchs das wiedervereinigte Deutschland wieder deutlich stärker als die anderen 15 Staaten der EU. Hingegen ist Deutschland, seit es von einer rot-grünen Bundesregierung geführt wird, in seiner wirtschaftlichen Dynamik von den anderen EU-Staaten abgehängt worden: 1999 bis 2001 stieg das deutsche Bruttoinlandsprodukt nur noch um durchschnittlich 1,8 Prozent, das übrige EU-Europa um 2,5 Prozent. Seit 2001 ist Deutschland mit einer Wachstumsrate von real nur 0,6 Prozent das wirtschaftliche Schlusslicht der EU.

## Schuldenstand

1970 als die sozialliberale Regierungskoalition die Verantwortung für den Staatshaushalt übernahm, lag der Schuldenstand des deutschen Staates unter 17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Am Ende der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt musste Helmut Kohl einen Schuldenberg übernehmen, der bereits 40 Prozent des BIP erreicht hatte. Aufgrund der erfolgreichen Konsolidierungspolitik unter Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gelang es in den 80er Jahren den Anstieg der Staatsschulden in Deutschland drastisch abzubremsen. Diese erreichten 1989 41,8 Prozent des BIP, während sie im EU-Durchschnitt von 49 Prozent auf 54 Prozent des BIP gestiegen sind. Aufgrund der deutschen Wiedervereinigung stiegen in den 90er Jahren die Staatsschulden in Deutschland wieder stark an auf 60,9 Prozent des BIP in 1998. In allen 15 EU-Mitgliedstaaten stieg der Schuldenstand von 1977 bis 2001 von knapp 35 Prozent auf 63 Prozent an. Deutschland hatte in den vergangenen 25 Jahren stets deutlich weniger Staatsschulden als die EU-Staaten insgesamt. Besonders groß war der Unterschied in den 80er und 90er Jahren. 1986 lagen

die deutschen Staatsschulden knapp 13 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der EU, 1993 und 1994 waren es sogar 18 Prozentpunkte weniger. Hingegen senkte Bundesfinanzminister Hans Eichel den Schuldenstand des Staates von 1999 bis 2001 von 61,3 Prozent auf 60,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ab (-1,2 Prozentpunkte); in den 15 Staaten der EU insgesamt sank die Verschuldungsquote dagegen um 4,7 Prozentpunkte. Gegenüber dem Höchststand von 1996 ist die Verschuldungsquote der 15 EU-Staaten um knapp 10 Prozentpunkte gefallen, während sie sich in Deutschland in diesem Zeitraum geringfügig erhöht hat. Deshalb nähert sich Deutschland seit 1995 stetig dem Durchschnitt der EU-Staaten an.

## **Öffentliches Defizit**

Deutschland wies 2001 das höchste gesamtstaatliche Defizit in der EU auf. Es „stürzte“ von 1,2 Prozent im Jahr 2000 auf -2,7 Prozent in 2001 ab. Im Durchschnitt der 15 EU-Staaten entwickelte sich der öffentliche Saldo von einem Überschuss von 1,1 Prozent in 2000 zu einem Defizit von -0,6 Prozent in 2001. Nur Luxemburg, Finnland und Schweden verbuchten weiterhin Überschüsse.

## **Arbeitslosigkeit**

In Deutschland stieg die Arbeitslosigkeit seit 1962 unaufhaltsam an, von damals 0,6 Prozent auf 7,6 Prozent im Jahr 2001. Trotzdem lag die Arbeitslosenquote Deutschlands zwischen 1962 und 2000 konstant unter dem EU-Durchschnitt, weil andere EU-Staaten zum großen Teil mit einer höheren Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. In den 60er Jahren unter den CDU-geführten Bundesregierungen herrschte Vollbeschäftigung in Deutschland. Unter den sozialliberalen Bundesregierungen stieg die Arbeitslosenrate in Deutschland ab 1975 stetig auf 5,6 Prozent im Jahr 1982 an. In den anderen EU-Staaten lag sie 1982 bei 8,6 Prozent. Unter Bundeskanzler Helmut Kohl wuchs sie von 1983 bis 1989 geringfügig weiter an, sank dann wieder auf den Wert von 4,8 Prozent in 1990, während sie in den 15 Staaten der EU insgesamt in den 80er Jahren im Durchschnitt 9,4 Prozent betrug. In den 80er und 90er Jahren lag die Arbeitslosigkeit in Deutschland deutlich niedriger als im EU-Durchschnitt, trotz des gewaltigen Strukturumbruchs auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern. Inzwischen haben die anderen EU-Staaten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stark aufgeholt, Deutschland ist zurückgefallen: 2001 stieg die deutsche Arbeitslosenquote erstmals über den EU-Durchschnitt.

## Beschäftigung

Die Verlaufskurve des Beschäftigungszuwachses spiegelt genau den Wachstumsverlauf wider. In den „goldenen Boomjahren“ des Wirtschaftswachstums unter den Bundeskanzlern Ludwig Erhard und Hans-Georg Kiesinger herrschte Vollbeschäftigung in Deutschland. Es mussten sogar Gastarbeiter angeworben werden. In den 15 EU-Staaten wuchs die Beschäftigung im Zeitraum von 1962 bis 1969 leicht an. Trotz einer keynesianischen Beschäftigungspolitik der sozialliberalen Regierungen, die eine gewaltige öffentliche Schuldenlast verursachten, stieg in Deutschland die Beschäftigung zwischen 1970 und 1982 in Durchschnitt nur um 0,1 Prozent pro Jahr, in allen 15 EU-Staaten um 0,2 Prozent. Unter der Regierung Helmut Kohl von 1983 bis 1989 wuchs die Beschäftigung in Deutschland im Schnitt wieder um beachtliche 0,6 Prozent. In den anderen 15 Staaten der EU sogar um 0,7 Prozent. Deutschland musste zu Beginn der 90er Jahre den Strukturbruch in den neuen Bundesländern verkraften, der mit einem gewaltigen Verlust von Arbeitsplätzen verbunden war. Trotzdem lag in den 90er Jahren das durchschnittliche Beschäftigungswachstum in Deutschland über dem EU-Durchschnitt. Obwohl die Konjunktur seit 1998 wieder anzog, wuchs unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Beschäftigung in Deutschland deutlich schwächer als im übrigen EU-Europa. 2001 lag Deutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

# Einleitung

## Von der ökonomischen Lokomotive zum wirtschaftlichen Schlusslicht in der EU.

Beim Schuldenstand des Staates nähert sich Deutschland erstmals seit 30 Jahren dem bislang bedeutend höheren EU-Durchschnitt an. Deutschland wies 2001 das höchste gesamtstaatliche Defizit in der EU auf. Die Arbeitslosigkeit Deutschlands überstieg 2001 erstmals den EU-Durchschnitt, während Deutschland bei der Beschäftigung hinter den anderen EU-Staaten zurückblieb. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Vergleich zu den 15 EU-Staaten insgesamt lässt sich vereinfacht in diesem Fazit zusammenfassen.

Die Vergleichsparameter sind die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, die Entwicklung der Staatsschulden und das öffentliche Defizit – die Datenreihen für das Defizit nach den Maastricht-Kriterien reichen leider nur bis 1996 zurück –, die Arbeitslosenquote sowie die Beschäftigungsentwicklung.

Auch wenn sich bei einem Vergleich Deutschlands mit den EU-Staaten insgesamt in vielen Punkten die starke Abhängigkeit Deutschlands als bedeutende Exportnation von der Weltkonjunktur zeigt, macht die nationale Politik einen Unterschied, wie die höchst unterschiedlichen Entwicklungslinien in den EU-Staaten belegen.

Die Wirtschaftspolitik der letzten 50 Jahre in Deutschland lässt sich in fünf Phasen einteilen:

1950 –1969: Vom Anfang der Bundesrepublik (Betrachtungszeitraum hier ab 1962) bis zum Ende der großen Koalition.

1970 –1982: Regierungsjahre der sozial-liberalen Koalition.

1983 –1989: Regierungsjahre der christlich-liberalen Koalition bis zur Wiedervereinigung.

1990 –1998: Wiedervereinigung bis zum Regierungswechsel.

1999 –2001: Regierungsjahre der rot-grünen Koalition.

# 1 Wachstum

In den 60er und 90er Jahren wuchs die Wirtschaft in Deutschland wesentlich dynamischer als im Durchschnitt der 15 EU-Staaten. Seit 2001 ist Deutschland aber das wirtschaftliche Schlusslicht in der Europäischen Gemeinschaft.

## 1.1 Vergleich der Wachstumsraten Deutschlands mit dem EU-Durchschnitt

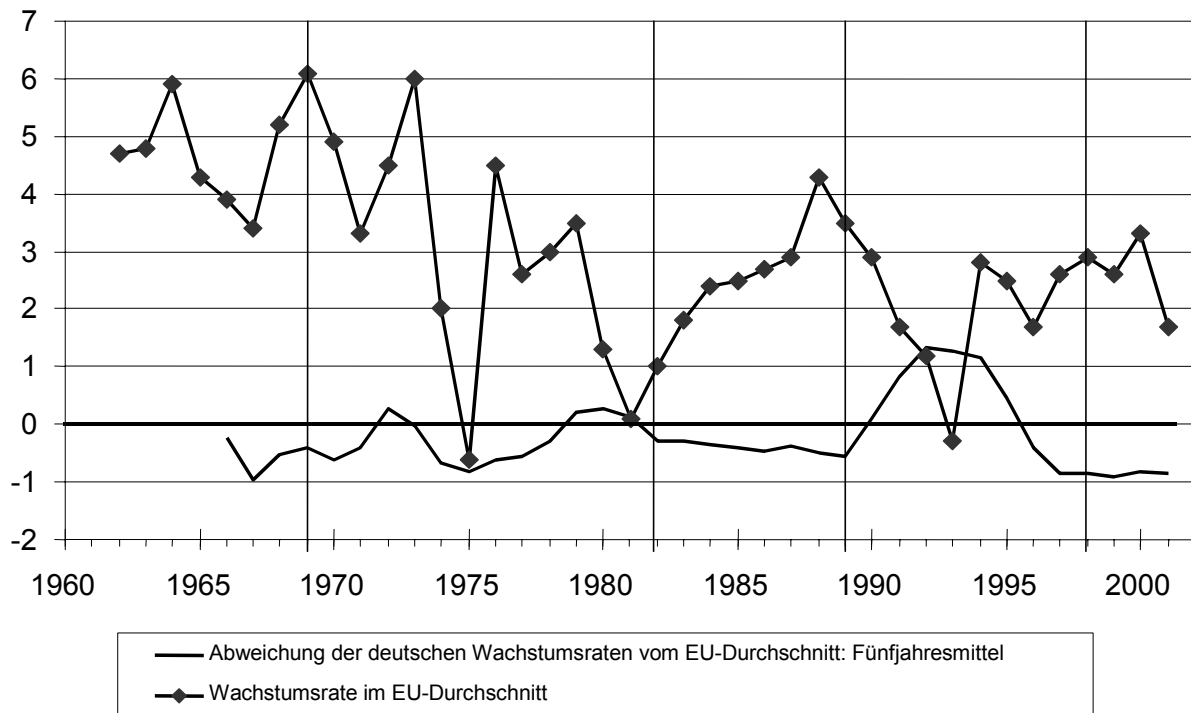


Abb. 1: Abweichung der Wachstumsraten Deutschlands vom EU-Durchschnitt, Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes zu Marktpreisen, Veränderungen in Prozent in Preisen von 1995. (Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen)<sup>1</sup>

**1962 – 1969:** Die 60er Jahre, die Regierungszeit von Bundeskanzler Ludwig Erhard und Hans-Georg Kiesinger, waren die goldenen Jahre des dynamischen Wirtschaftswachstums in Deutschland. 1964 wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 6,7 Prozent, 1968 um 5,5 Prozent und 1969 gar um 7,5 Prozent. Der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft war weitgehend abgeschlossen, der Boom hielt an. Die Sozialsysteme wurden ausgebaut und der Lebensstandard verbesserte sich erheblich. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in Deutschland zwischen 1962 und 1969 durchschnittlich im Jahr um 4,4 Prozent.

<sup>1</sup> Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes der 15 Staaten der Europäischen Gemeinschaft von 1962 bis 2001 enthält Tabelle 1 im Anhang.

In den 15 EU-Staaten insgesamt wuchs das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1962 und 1969 durchschnittlich im Jahr um 4,8 Prozent. Denn Länder wie Frankreich, Griechenland, Spanien oder Portugal erreichten jetzt erst ihre Wirtschaftswachstumsjahre. Die positive Entwicklung wurde durch den konjunkturellen Einbruch 1966/67 nur kurz gedämpft. Die Wachstumsrate des europäischen Sozialproduktes ging 1967 zwar auf 3,4 Prozent zurück, stieg 1968 aber bereits wieder auf 5,2 Prozent.

**1970 – 1982:** Nach dem langen Boom der 50er und 60er Jahre traf die Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre Europa mit voller Härte. Die durchschnittlichen Wachstumsraten des westeuropäischen Bruttoinlandsproduktes fielen auf 2,8 Prozent für den Zeitraum 1970 bis 1982. In Deutschland wuchs das Bruttoinlandsprodukt unter den sozialliberalen Bundesregierungen Willy Brandt und Helmut Schmidt zwischen 1970 und 1982 im Durchschnitt nur noch um 2,4 Prozent pro Jahr. 1975 erlebte Deutschland mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um -1,3 Prozent den schwersten konjunkturellen Einbruch seiner Geschichte. Die 15 EU-Staaten insgesamt hatten 1975 einem Rückgang um -0,6 Prozent zu verzeichnen. Die sozialdemokratische Bundesregierung reagierte auf die Krise 1974/75 wie letztlich alle anderen Mitgliedstaaten der EU mit einem keynesianischen Lösungsansatz, der aber nicht zu einem neuen, stabilen sozioökonomischen Strukturgefüge, sondern für längere Zeit zu Verwerfungen und Stagnation führte. Der interventionistische Ansatz einer antizyklischen Globalsteuerung mit planenden und lenkenden Elementen versagte in der Krise, er konnte die marktwirtschaftlichen Systeme nicht dauerhaft stabilisieren. Deutschland erreichte von 1980 bis 1982 mit „Nullwachstum“ vielmehr eine Phase der Stagnation. In Griechenland und den Niederlanden schrumpfte 1982 die Wirtschaft wie in Deutschland. Die 15 EU-Mitgliedstaaten insgesamt erlebten von 1980 bis 1982 mit 0,8 Prozent kaum noch Wachstum. Abb. 1 zeigt, dass Deutschland in dieser Dekade im Vergleich zu den anderen EU-Staaten wesentlich stärkere Wachstumseinbrüche zu verzeichnen hatte.

**1983 – 1989:** Unter Bundeskanzler Helmut Kohl kehrte Deutschland wieder zu einer marktwirtschaftlich orientierten Politik zurück. Wirtschaftspolitisch kehrten die Mitgliedstaaten der EU alle früher oder später wieder zu einer marktwirtschaftlich orientierten Politik zurück. Entsprechend entwickelten sich die Volkswirtschaften in Europa wieder günstiger als in der Dekade zuvor. Von 1983 bis 1989 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Schnitt um 2,5 Prozent.

**1990 – 1998:** In den 90er Jahren konnte die Regierung Helmut Kohl trotz des gewaltigen Strukturumbruchs in den neuen Bundesländern mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 2,2 Prozent ein besseres Wirtschaftswachstum als der EU-Durchschnitt mit 2 Prozent Wachstum erreichen. Die Wiedervereinigung Deutschlands bescherte der Wirtschaft einen Wachstumsschub, der 1992 wieder auslief. Der „Vereinigungsboom“ brachte Deutschland 1990 und 1991 hohe Wachstumsraten mit 5,7 Prozent und 5 Prozent, während andere große EU-Staaten, wie Frankreich (2,6 Prozent und 1 Prozent) und Großbritannien (1,1 Prozent und -1,1 Prozent) zu der Zeit bereits ein geringeres Wachstum aufwiesen. Deutschland wurde durch den Vereinigungsboom später als andere Länder von der Rezession in Europa zwischen 1990 und 1993 erfasst. Dann aber erlebte das vereinigte Deutschland 1993 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um -1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr einen schweren Konjunkturreinbruch.

**1999 – 2001:** Seit Gerhard Schröder Bundeskanzler ist, wächst das deutsche Bruttoinlandsprodukt nur noch unterdurchschnittlich im Vergleich zum übrigen EU-Europa. Seit 2001 ist Deutschland mit einer Wachstumsrate von real nur 0,6 Prozent das wirtschaftliche Schlusslicht der EU, die im Durchschnitt noch um 1,6 Prozent wuchs. In Deutschland stieg das Bruttoinlandsprodukt von 1999 bis 2001 trotz der „Boomjahre“ aufsummiert nur um 5,5 Prozent, der niedrigste Zuwachs in der gesamten EU für diesen Zeitraum; im EU-Durchschnitt betrug er 7,7 Prozent. Von 1999 bis 2001 steigerten beispielsweise Irland und Luxemburg ihr Wachstum um 32 bzw. 25 Prozent. Auch die Wirtschaftskraft der größeren EU-Staaten Spanien, Großbritannien, Frankreich und Italien wuchs bedeutend schneller als in Deutschland. Großbritannien, Frankreich und Spanien sowie den kleinen Staaten Irland, Luxemburg und Griechenland gelangen im letzten Jahr hingegen noch ganz beachtliche Wachstumsraten über 2 Prozent. Es ist schon ein Armutszeugnis für Deutschland, das 2001 einen Anteil von 27 Prozent am europäischen Bruttoinlandsprodukt hatte (Frankreich 18 Prozent, Großbritannien 13 Prozent), wenn die größte Volkswirtschaft in Europa nicht mehr ökonomische Lokomotive, sondern Nachzügler ist. Natürlich kann ein Wachstum auf so hohem Niveau wie in Deutschland nicht so ungestüm sein, wie bei einem von niedrigem Niveau schnell wachsenden Staat wie Irland. Der „keltische Tiger“ verdoppelte sein Bruttoinlandsprodukt in nur einer Dekade. Weitere wachstumsstarke Länder in Europa waren Luxemburg, Finnland, Spanien, Griechenland, die Niederlande sowie Großbritannien. Dennoch darf es nicht sein, dass die größte Volkswirtschaft in Europa zu einem Nachzügler und damit zum Bremsklotz wird. Damit schadet Deutschland nicht nur sich selbst, sondern zieht alle anderen mit nach unten.



## 1.2 Vergleich der Wachstumsraten Deutschlands mit denen Frankreichs

Insgesamt weist Frankreich weniger Ausschläge der Konjunkturwerte, weder nach oben noch nach unten, auf. Im Verlauf insgesamt jedoch sind sich beide Länder sehr ähnlich mit ihren tendenziell sinkenden Wachstumsraten.

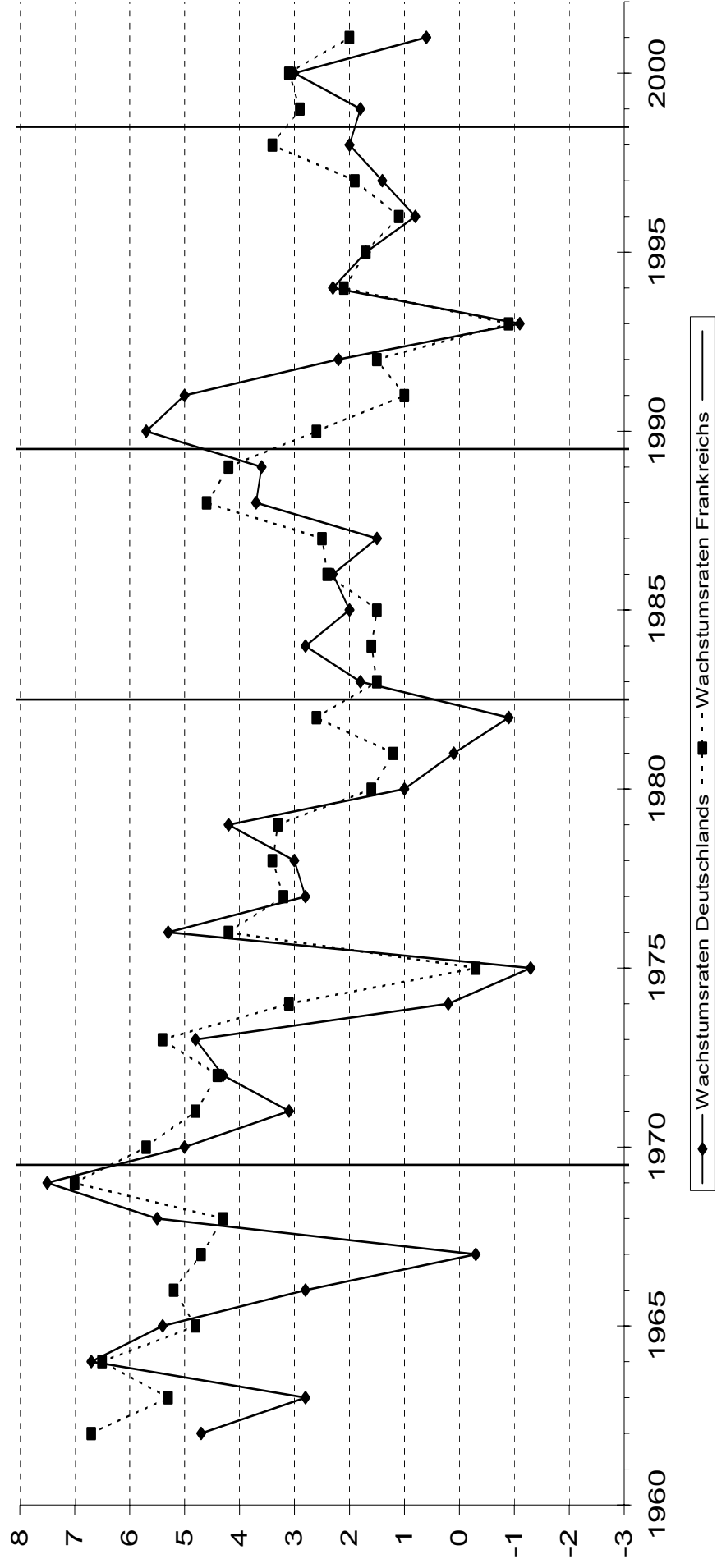


Abb. 2: Reale Wachstumsraten Deutschland und Frankreich 1962-2001 (in Prozent, jährliche Veränderung), Quelle: Eurostat.

**1962 – 1969:** Abb. 2 zeigt, dass Frankreich von dem Konjunkturunbruch, der Deutschland 1967 ein schrumpfendes Wirtschaftswachstum einbrachte, verschont blieb.

**1970 – 1982:** In Frankreich boomte die Wirtschaft noch bis 1974. Auch zu Beginn der 80er Jahre sanken die Zuwachsraten nicht so stark ab wie in Deutschland.

**1983 – 1989:** Der Umschwung vom antizyklischen Konzept kurzfristiger Nachfragesteuerung zur monetären und angebotsorientierten Stabilitätspolitik in den 80er Jahren wurde in allen Mitgliedstaaten der EU zu unterschiedlichen Zeitpunkten vollzogen, je nach wirtschaftspolitischen Traditionen, politischen Kräfteverhältnissen, Wahlzyklen und konkreten Problemen. Während die britische Regierung 1980 mit ihrem marktradikalen Deregulierungs- und Privatisierungsprogramm begann, startete die französische Regierung zwei Jahre später noch mit ihrer Regulierungs- und Verstaatlichungspolitik. Ab 1983 musste die französische Regierung daher im Vergleich zu Deutschland niedrigere Wachstumsraten in Kauf nehmen, die jedoch ab 1986 das deutsche Wachstum wieder überflügelten.

**1990 – 1998:** 1990 und 1991 bescherte der Vereinigungsboom Deutschland mit 5,7 Prozent und 5 Prozent noch hohe Wachstumsraten, während Frankreich 1991 mit nur 1 Prozent bereits in eine Stagnation eingetaucht war. Von 1993 bis 1997 entwickelte sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland und Frankreich annähernd gleich.

**1999 – 2001:** Ab 1998 hatte Frankreich höhere Wachstumsraten als Deutschland. 1998 bis zum Jahr 2000 lagen diese bei unserem Nachbarland relativ konstant bei 3 Prozent. Erst in 2001 sackten sie leicht auf 2 Prozent ab, während sie in Deutschland auf 0,6 Prozent sanken.

### 1.3 Vergleich der Wachstumsraten Deutschlands mit denen Großbritanniens

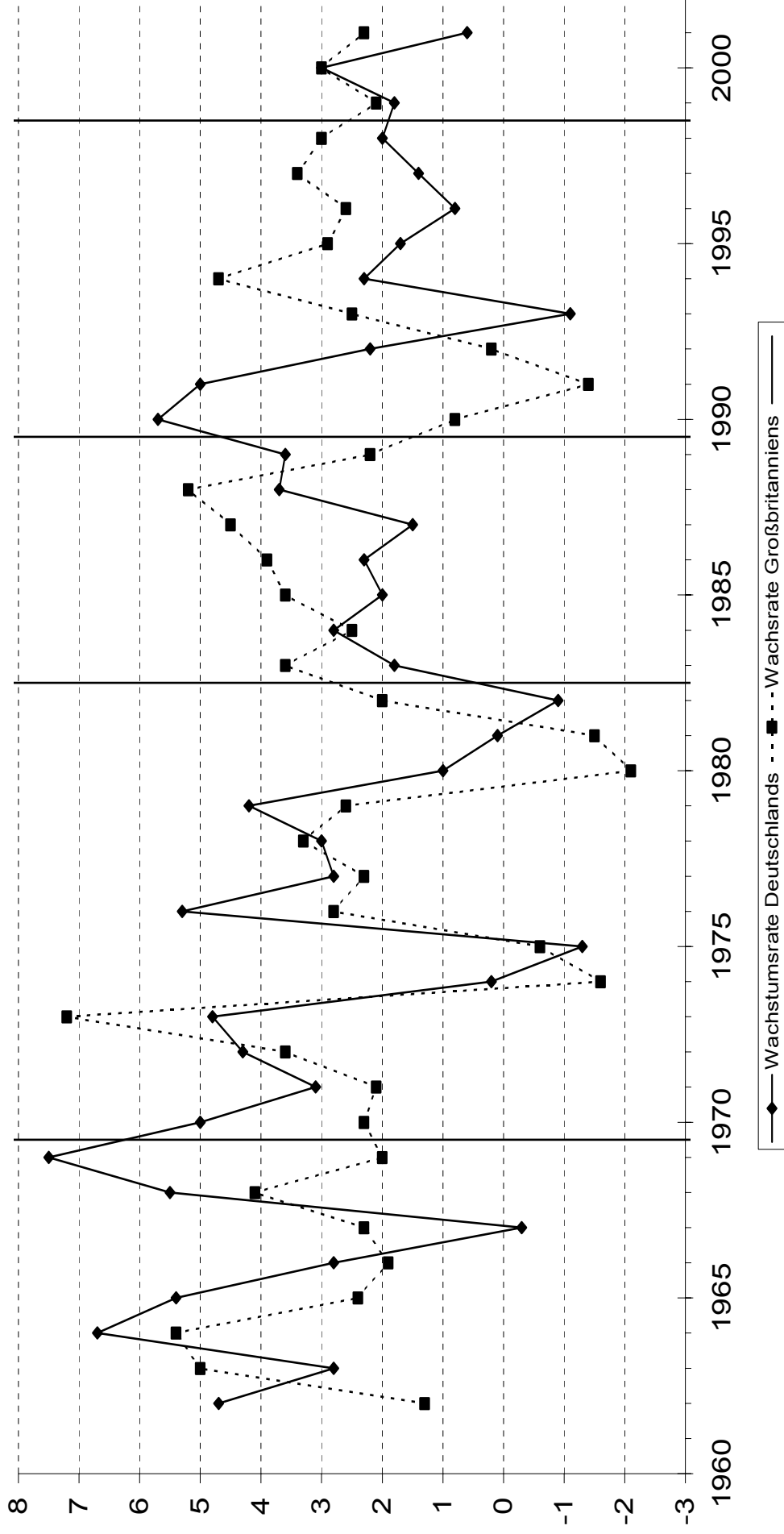


Abb. 3: Reale Wachstumsraten Deutschlands und Großbritanniens 1962-2001 (in Prozent, jährliche Veränderung), Quelle: Eurostat.

**1962 – 1979:** In den 60er Jahren war die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland derjenigen Großbritanniens sehr ähnlich, allerdings mit größeren Ausschlägen und zeitverzögert gegenüber Großbritannien.

**1980 – 1989:** Großbritannien wandte sich bereits 1980 wieder einer liberalen Wirtschaftspolitik zu, die stärker den Marktkräften vertraute und mit Privatisierung und Deregulierung die Angebotsseite für die Unternehmen verbessern wollte, um dadurch den Strukturwandel zu beschleunigen. In Deutschland begann er nach dem Regierungswechsel zu Bundeskanzler Helmut Kohl 1982. Andere EU-Mitgliedstaaten mit korporativen Politikstrukturen und sozialdemokratischen Regierungen vollzogen den Umschwung später. Letztlich aber machten alle Mitgliedstaaten diesen Paradigmenwechsel mit. Insofern erlebten alle EU-Staaten in den 80er Jahren erneut eine Angleichung der wirtschaftlichen Ansätze, diesmal unter liberalem Vorzeichen. Senkung der Inflationsrate, Haushaltskonsolidierung und Abbau der Neuverschuldung, Verbesserung der Zahlungsbilanz, Deregulierung und Privatisierung waren die Ziele, die wieder in den Vordergrund rückten. Nur in den wenigsten Fällen wurden sie so konsequent verfolgt wie in Großbritannien. Abb. 3 zeigt, dass die konsequente marktwirtschaftliche Ausrichtung Großbritanniens sich schnell auszahlte. Bereits ab 1982 hatte es mit wenigen Ausnahmejahren ein höheres Wirtschaftswachstum als Deutschland.

**1990 – 1998:** Lediglich 1989 bis 1992 hatte Großbritannien schlechtere Wachstumsraten als Deutschland. Insbesondere während des Vereinigungsbooms, der Deutschland 1990 und 1991 mit 5,7 Prozent und 5 Prozent hohe Wachstumsraten bescherte, hatte Großbritannien mit 1,1 Prozent und -1,1 Prozent nur ein geringes Wachstum aufzuweisen bzw. befand sich bereits in einer Wachstumsdelle.

**1999 – 2001:** Seit 1999 entwickelt sich die Wirtschaft Großbritanniens wieder durchgängig besser als die Deutschlands.

## 2 Schuldenstand des Staates und öffentliches Defizit

Deutschland hatte in den letzten 30 Jahren stets einen wesentlich geringeren öffentlichen Schuldenstand als die anderen EU-Mitgliedstaaten. Besonders groß war der Unterschied in den 80er und 90er Jahren. Seit 1999 nähert sich Deutschland rapide dem EU-Durchschnitt an.

### 2.1 Vergleich des Schuldenstandes Deutschlands mit dem EU-Durchschnitt

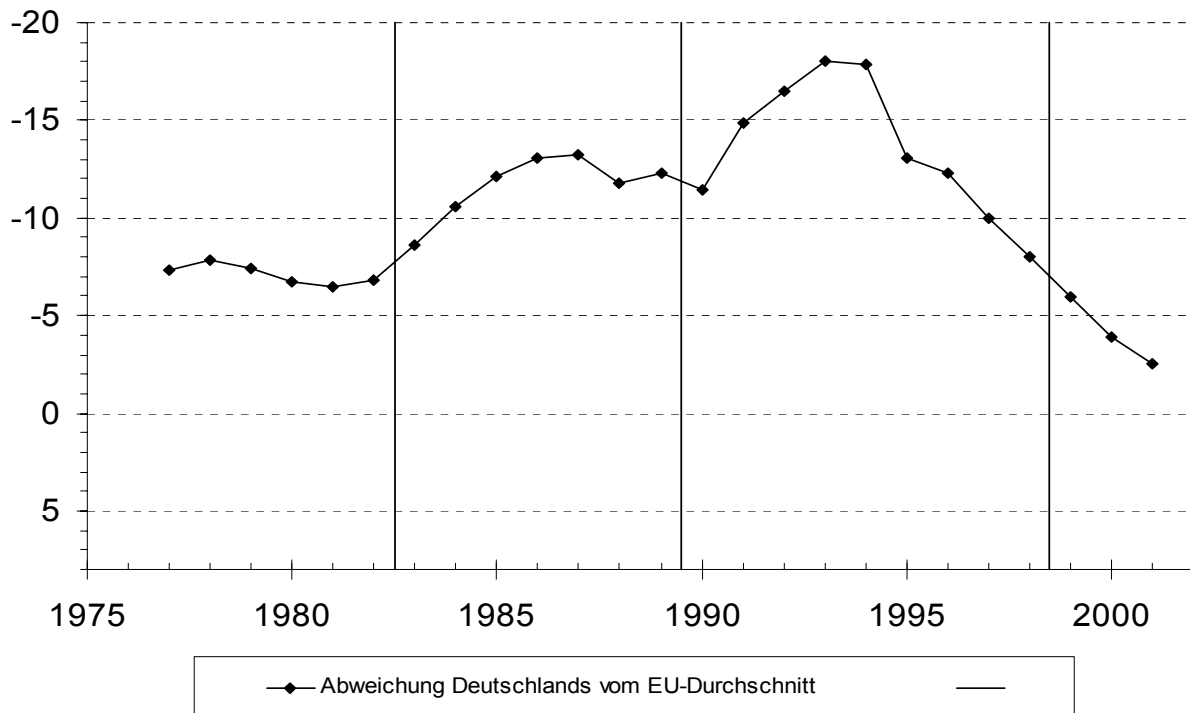


Abb. 4: Abweichung Deutschlands vom durchschnittlichen Schuldenstand der 15 EU-Staaten 1977-2001, Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des BIP. (Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen)<sup>2</sup>

**1970 – 1982:** Die SPD-geführte Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt übernahm einen soliden Bundeshaushalt mit geringer Staatsschuld. 1970 betrug die Staatsschuld in Deutschland erst 18,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. 1983 übergab sie Bundeskanzler Helmut Kohl einen Schuldenberg, der bereits einen Anteil von 40 Prozent am BIP umfasste. Erst ab 1977 liegen vergleichbare Daten für alle 15 EU-Staaten vor: 1977 erreichte der Schuldenstand in Deutschland 27,3 Prozent. Im Durchschnitt aller 15 EU-Staaten waren es bereits 34,6 Prozent. Die in allen EU-Staaten betriebene keynesianische Nachfragepolitik trieb alle EU-Staaten rasch in wachsende Haushaltsdefizite und eine drastisch ansteigende Staatsverschuldung. In Deutschland wuchsen die Schulden von 1977 bis 1982 um 11,4 Prozentpunkte. Im

<sup>2</sup> Den Bruttoschuldenstand der 15 Mitgliedstaaten der EU für die Jahre 1977 bis 2001 enthält Tabelle 2 im Anhang.

Durchschnitt der 15 EU-Staaten stieg im gleichen Zeitraum der Schuldenstand um 10,9 Prozentpunkte auf 45,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Aufgrund des von den CDU-geführten Vorgängerregierungen übernommenen soliden Finanzen mit einem niedrigen Schuldenstand lag Deutschlands Staatsschuld trotz der gewaltigen Steigerungsraten während der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren ca. 7 Prozentpunkte geringer als im EU-Durchschnitt.

**1983 – 1989:** In Deutschland begann 1983 mit der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Helmut Kohl die Wende zu einer solideren Haushaltspolitik. Ganz entscheidend dazu beigetragen hat ein Konsolidierungskurs unter Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der sich in niedrigen Zuwachsraten beim Schuldenstand bemerkbar machte. Die Wende von der keynesianischen Beschäftigungspolitik zu einem an der Wiedergewinnung der Preisstabilität orientierten Kurs wurde in den 80er Jahren in allen EU-Ländern vollzogen. In Deutschland stieg der Schuldenstand im Zeitraum 1983 bis 1989 nur 1,6 Prozentpunkte an, in den 15 Mitgliedstaaten der EU betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum 5,3 Prozentpunkte. Abb. 4 zeigt, dass Deutschland aufgrund seiner erfolgreichen Konsolidierungspolitik beim Schuldenstand in diesem Zeitraum 10 bis knapp 14 Prozentpunkte besser als die anderen EU-Staaten dastand.

**1990 – 1998:** Im diesen Zeitraum fiel die deutsche Wiedervereinigung mit den dadurch ausgelösten gewaltigen Belastungen für die öffentlichen Haushalte. In den 90er Jahren stiegen in Deutschland die Schulden vereinigungsbedingt um 17,4 Prozentpunkte an. In den 15 EU-Staaten stieg der Schuldenstand ohne Sonderlasten um 14 Prozentpunkte. Abb. 4 zeigt, dass trotz des stärkeren Schuldenanstiegs durch die Wiedervereinigung für Deutschland Mitte der 90er Jahre die Abweichung vom EU-Durchschnitt mit 18 Prozentpunkten am größten war. Der Schuldenhöchststand innerhalb der 15 EU-Staaten wurde 1996 mit 72,1 Prozent des BIP erreicht.

**1999 – 2001:** Unter „Sparminister“ Hans Eichel konnte der Schuldenstand des Staates von 1999 bis 2001 von 61,3 Prozent auf 60,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes geringfügig reduziert werden (-1,2 Prozentpunkte). Von 1999 bis 2001 sank in den 15 Staaten der EU die Verschuldungsquote hingegen um 4,7 Prozentpunkte. Sie reduzierte sich 2001 in allen Staaten mit Ausnahme von Portugal und Schweden. Mit Deutschland und Spanien, deren Verschuldung auf die 60-Prozent-Marke fiel, wiesen im Jahr 2001 nunmehr 11 Staaten eine Verschuldung unter/auf der 60-Prozent-Grenze auf, 2000 waren es erst neun Länder gewesen. Erst durch die Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion kam es auch in anderen EU-Staaten zu einem Einpendeln des Schuldenstandes bei der 60-Prozent-Marke, so dass sich der Abstand bzw. der Vorsprung Deutschlands gegenüber anderen Ländern kontinu-

ierlich verringerte. Gegenüber dem Höchststand von 1996 war die Verschuldungsquote der 15 EU-Staaten um knapp 10 Prozentpunkte gefallen, während sie sich in Deutschland in diesem Zeitraum geringfügig erhöht hatte. Das erklärt, warum sich Deutschland seit 1995 stetig dem Durchschnitt der EU-Staaten annähert, wie aus Abb. 4 ersichtlich ist. Wenn man selbst gleich bleibt in seinen Anstrengungen, die Anderen aber besser werden, fällt man – relativ gesehen – zurück. Seit 1999 nähert sich Deutschland dem EU-Durchschnitt an.

## 2.2 Vergleich der Entwicklung des Schuldenstands in Deutschland, Großbritannien und Frankreich

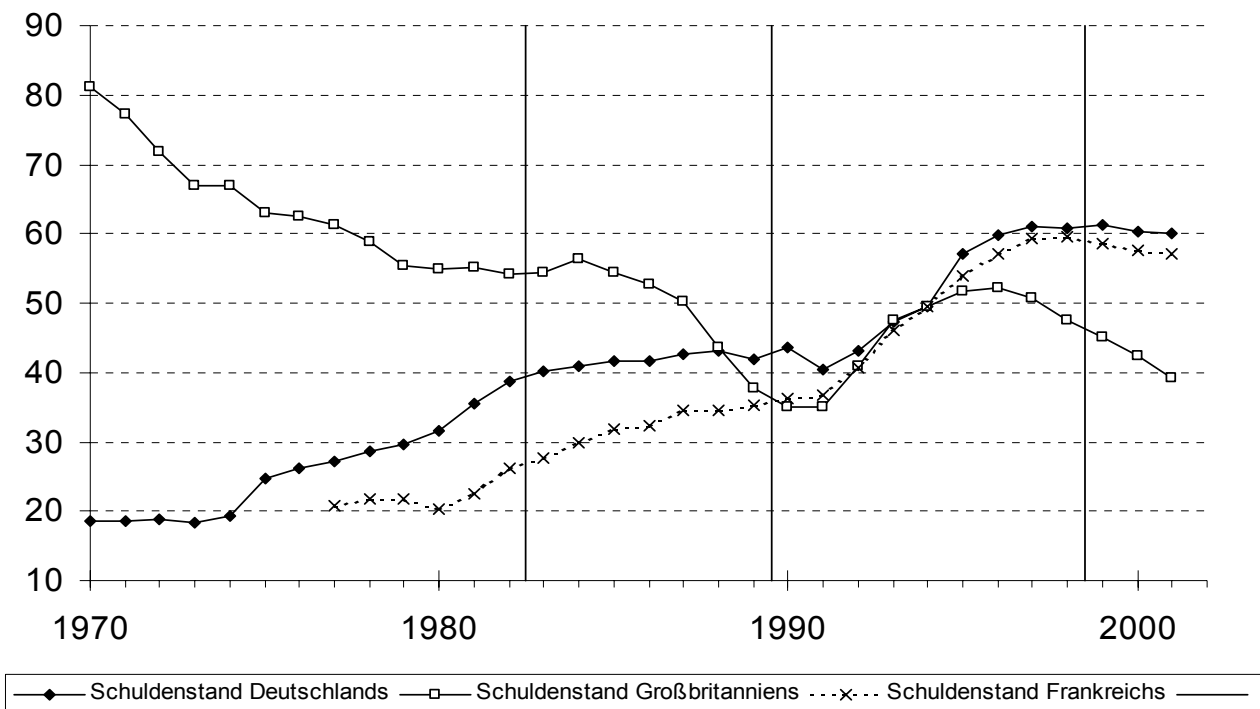


Abb. 5: Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des BIP, Quelle: Eurostat.

Beim Vergleich der Entwicklung des Schuldenstandes des Staates in Deutschland, Großbritannien und Frankreich ist besonders hervorzuheben: Deutschland und Frankreich weisen eine kontinuierliche Entwicklung nach oben auf; es scheint, als ob Staatsverschuldung immer mehr als „normal“ hingenommen wird. Die „60-Prozent-Marke“ wirkt wie eine Ziellinie, die mit allen Mitteln angestrebt wurde. Beide verdreifachen ihre Staatsschulden in 30 Jahren von etwa 20 Prozent auf 60 Prozent. Währenddessen gelingt es Großbritannien von einem sehr hohen Ausgangsniveau aus seine Staatsschulden in 30 Jahren zu halbieren von ca. 80 Prozent auf 40 Prozent. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass der Aufwärtstrend in Deutschland in unterschiedlichen Intensitäten verlief: In den 70er Jahren zeigte der Trend wegen der keynesianischen Fiskalpolitik stark nach oben, in den 80er Jahren folgte aufgrund der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der Regierung Helmut Kohl ein sehr moderater Anstieg, der in den 90er Jahren von einem stärkeren, vereinigungsbedingten Schuldenanstieg abgelöst wurde. Großbritannien weist eine ganz andere Entwicklungslinie auf: Hier wurde seit 1970 die Haushaltskonsolidierung konsequent voran getrieben,



nur die Rezession Anfang der 90er Jahre stellte ein Störfaktor in dieser erfolgreichen Entwicklung dar.

### 2.3 Gesamtstaatliches Defizit des Staates

Deutschland wies 2001 das höchste Defizit in der EU auf. Es „stürzte“ von einem Überschuss von +1,2 Prozent in 2000 auf ein Defizit von -2,7 Prozent in 2001 ab. Trotz der enormen Belastungen durch die Wiedervereinigung hatte Deutschland in den Jahren 1996 bis 1998 im Vergleich zu EU-Staaten wie Frankreich, Großbritannien noch gut im Mittelfeld gelegen.

#### Gesamtstaatliches Defizit Deutschlands im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt

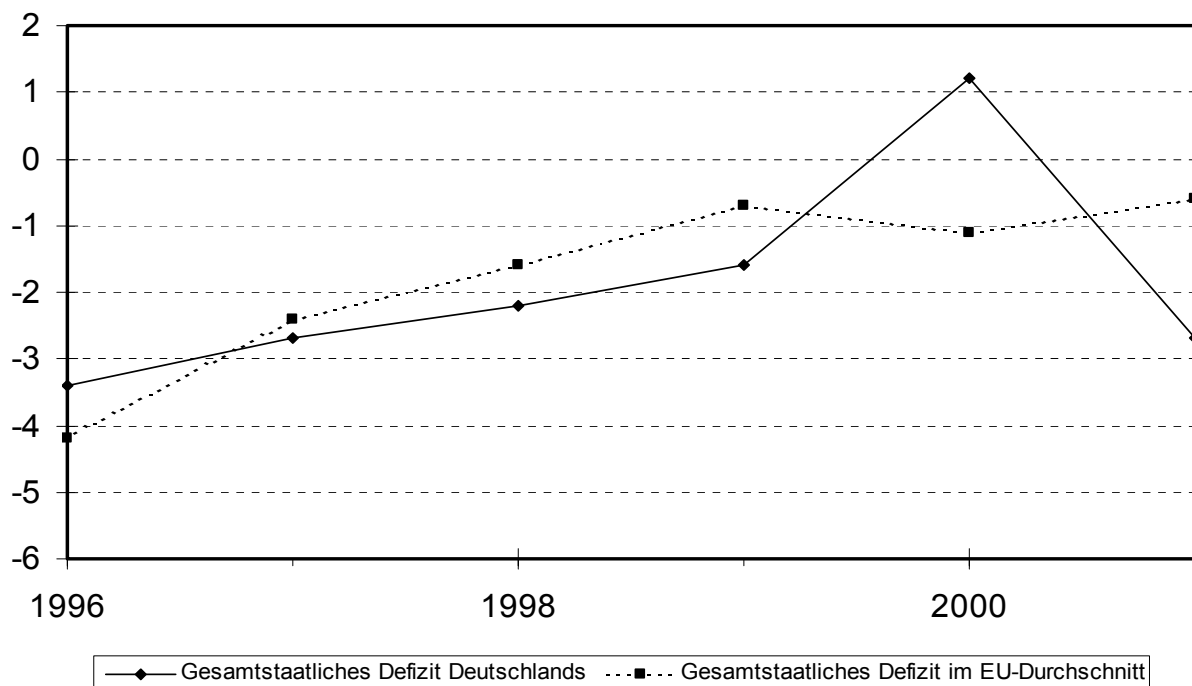


Abb. 6: Gesamtstaatliches Defizit bzw. Überschuss Deutschlands und Gesamtstaatliches Defizit bzw. Überschuss der 15 EU-Staaten, 1996 – 2001 ( in Prozent des Bruttoinlandsproduktes). Quelle: Eurostat.<sup>3</sup>

Der drohenden Abmahnung aus Brüssel im Jahr 2001 konnte Finanzminister Eichel nur entgehen, indem er versprach, bis 2004 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Der Überschuss in 2000 war im Wesentlichen auf den Sondereffekt aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen zurückzuführen. Im Durchschnitt der 15 EU-Staaten entwickelte sich der öffentliche Saldo von einem Überschuss von +1,1 Prozent in 2000 zu einem Defizit von -0,6 Prozent in 2001. Nur Luxemburg, Finnland und Schweden verbuchten weiterhin Überschüsse. Nach Deutschland mit -2,7 Prozent wurden in Portugal mit -2,2 Prozent, Frankreich mit -1,4 Prozent und Italien mit -1,4 Prozent die höchsten Defizite gemessen.

<sup>3</sup> Die Entwicklung des Gesamtstaatlichen Defizits bzw. Überschusses der 15 Staaten der Europäischen Gemeinschaft von 1996 bis 2001 enthält Tabelle 3 im Anhang.

### 3 Arbeitslosigkeit

Seit 1962 lag die Arbeitslosenquote Deutschlands konstant unter dem EU-Durchschnitt. 2001 stieg sie erstmals über den EU-Durchschnitt.

#### Vergleich der Entwicklung der Arbeitslosenquote Deutschlands mit dem EU-Durchschnitt

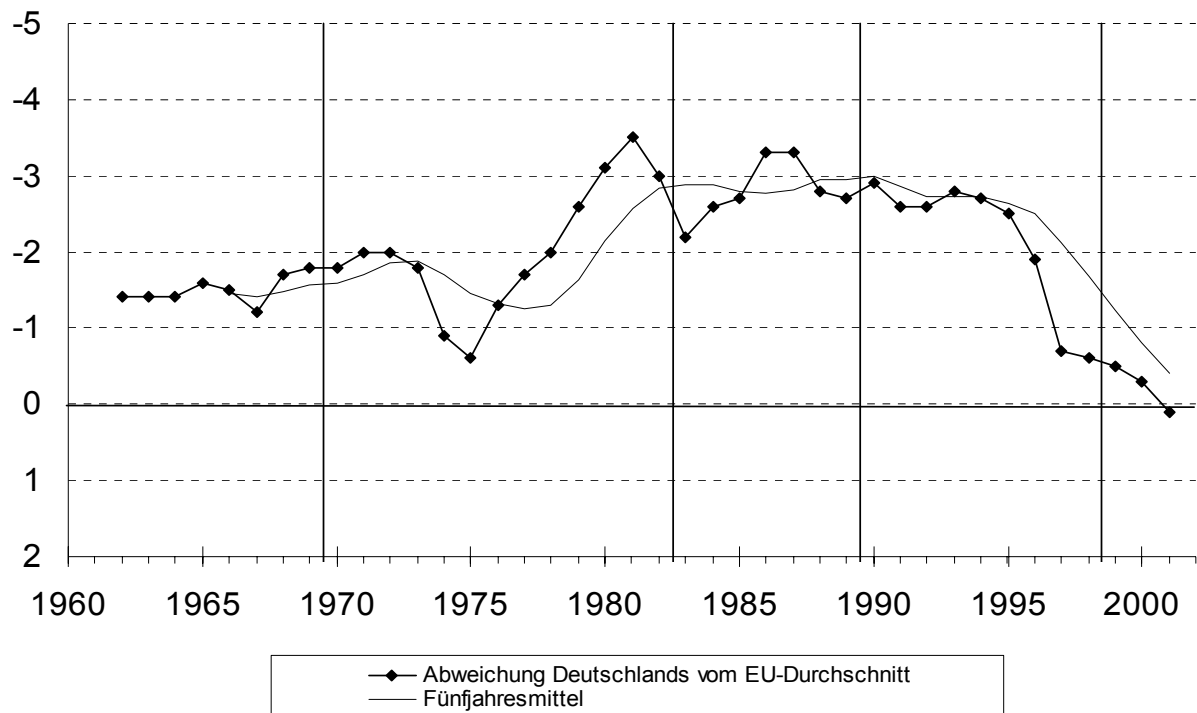


Abb. 7: Abweichung der Arbeitslosenquote Deutschlands vom Durchschnitt der 15 EU-Staaten 1962-2001, Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen. (Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen)<sup>4</sup>

**1962 – 1969:** In den Regierungszeiten von Bundeskanzler Ludwig Erhard und Hans-Georg Kiesinger sanken die Arbeitslosenraten aufgrund der boomenden Wirtschaft auf ein extrem niedriges Niveau; es herrschte Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote betrug zwischen 1962 und 1969 in Deutschland durchschnittlich nur 0,7 Prozent. Wegen des gravierenden Arbeitskräftemangels in Deutschland mussten in den 60er Jahren Gastarbeiter aus dem Süden Europas und aus der Türkei angeworben werden. Viele Mitgliedstaaten der EU wie Norwegen, die Niederlande oder Frankreich erlebten Vollbeschäftigung. Im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten lag die Arbeitslosenquote zwischen 1962 und 1969 bei 2,2 Prozent.

<sup>4</sup> Die Entwicklung der Arbeitslosenquote der 15 Staaten der Europäischen Gemeinschaft von 1962 bis 2001 enthält Tabelle 4 im Anhang.

**1970 – 1982:** Unter der sozialliberalen Regierungskoalition stieg die Arbeitslosenquote in Deutschland trotz einer keynesianischen Beschäftigungspolitik, die einen Berg von Staatsschulden hinterließ, auf durchschnittlich 2,5 Prozent. Der Durchschnittswert über diese Zeitperiode beinhaltet jedoch sehr unterschiedliche Werte, so lag die Arbeitslosenquote 1970 noch bei 0,5 Prozent, 1982 aber bereits bei 5,6 Prozent. In den anderen EU-Staaten lag sie im gleichen Zeitraum bei durchschnittlich 4,5 Prozent. Im Jahr 1970 zum Beispiel betrug sie in den 15 EU-Staaten 2,4 Prozent, 1982 hingegen bereits 8,6 Prozent. 1974 hatte Deutschland im Vergleich zu den anderen EU-Staaten starke Wachstumseinbrüche zu verzeichnen, die sich in einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote niederschlugen, wie Abb. 6 zeigt. Parallel zum Wirtschaftseinbruch nahm die Arbeitslosenquote von 0,8 Prozent (1973) auf 5,6 Prozent (1982) zu. Die meisten europäischen Länder erlebten eine Konstellation von niedrigen Wachstumsraten und hohen Arbeitslosenraten.

**1983 – 1989:** Wie Abb. 6 zeigt, lag in den 80er Jahren bis zum Ende der 90er Jahre in der Regierungszeit von Helmut Kohl die Arbeitslosigkeit in Deutschland deutlich niedriger als im EU-Durchschnitt. Von 1983 bis 1989 betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland im Schnitt 6,6 Prozent, in den 15 Staaten der EU insgesamt durchschnittlich 9,4 Prozent. Die Arbeitslosenquote in Deutschland konnte von 6,9 Prozent im Jahr der Regierungsübernahme auf 5,6 Prozent im Jahr 1989 durch eine gute Wirtschafts- und eine erfolgreiche Konsolidierungspolitik zurückgeführt werden. Auch in EU-Mitgliedstaaten sank sie von 9,1 Prozent im Jahr 1983 auf 8,3 Prozent 1989, lag aber zwischenzeitlich (1984 bis 1987) mit 9,7 Prozent bzw. 9,9 Prozent deutlich höher.

**1990 – 1998:** In der Krise Anfang der 90er Jahre wuchs die Arbeitslosigkeit in der gesamten EU schnell an. Im Zeitraum von 1990 bis 1998 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote im wieder vereinigten Deutschland 7,7 Prozent, während es im EU-Durchschnitt 9,9 Prozent waren. Diese Durchschnittswerte für die Dekade beinhalten, dass Deutschland 1990 vor der Wiedervereinigung eine Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent hatte, nach dem Beschäftigungseinbruch in den neuen Bundesländern aber eine Verdoppelung der Arbeitslosenquote bis 1998 auf 9,3 Prozent verkräften musste. Für die 15 EU-Staaten stieg die Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent im Jahr 1990 auf 9,9 Prozent 1998 an. Die Zahl der Arbeitslosen in der EU war – mit Ausnahme Luxemburgs – in der gesamten Dekade hoch, insbesondere im Vergleich zu den USA. Von 1994 (Höchststand mit 11,1 Prozent) bis 2001 sank sie im EU-Durchschnitt um über 3 Prozentpunkte. In Spanien gelang es sogar, sie von hohem Niveau um rund 10 Prozentpunkte zu reduzieren.

**1999 – 2001:** Die anderen EU-Staaten haben bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stark aufgeholt, Deutschland ist unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im EU-Vergleich zurückgefallen: Die deutsche Arbeitslosenquote betrug in 2000 7,9 Prozent, im letzten Jahr stagnierte sie auf diesem Niveau. Damit wies Deutschland 2001 erstmals eine höhere Arbeitslosenquote als der Durchschnitt der 15 EU-Staaten auf, wie aus Abb. 6 ersichtlich ist. Bis zum Jahr 2000 hatte Deutschland trotz der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern konstant unter der durchschnittlichen EU-Arbeitslosenquote gelegen. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten in der EU hatten 2001 die Niederlande und Luxemburg mit 2,3 Prozent bzw. 2,4 Prozent sowie Österreich mit 3,8 Prozent.

## 4 Beschäftigungswachstum

Der Beschäftigungszuwachs lag in Deutschland in den späten 60er über dem EU-Durchschnitt. Auch in den 80er und 90er Jahren wurden teilweise überdurchschnittliche Zuwächse in Deutschland erreicht. Im Jahr 2001 lag Deutschland bei der Schaffung von Arbeitsplätzen aber wieder deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

### Vergleich des Beschäftigungswachstums in Deutschland mit dem EU-Durchschnitt

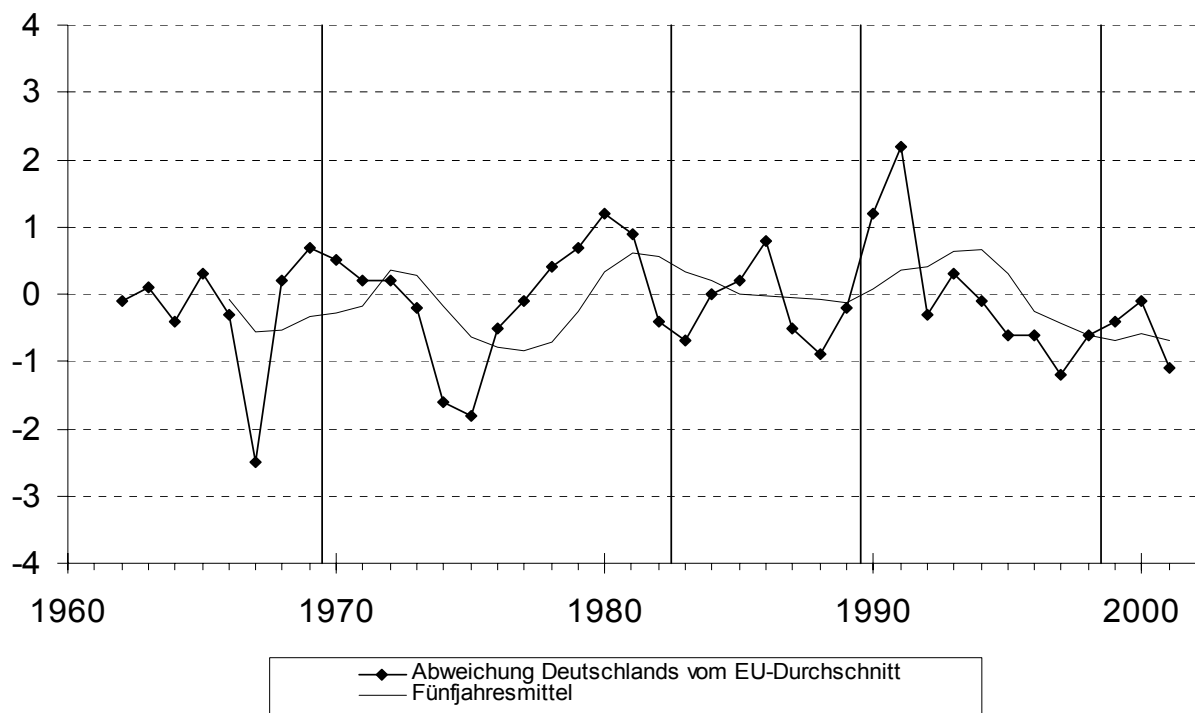


Abb. 8: Abweichung Deutschlands vom EU-Durchschnitt bei der Entwicklung der Beschäftigung 1962-2001, Beschäftigte – Jährliche Veränderung in Prozent. (Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen)<sup>5</sup>

**1962 – 1969:** In den „goldenen Boomjahren“ des Wirtschaftswachstums unter CDU-geführten Bundesregierungen wuchs die Beschäftigung in Deutschland von 1962 bis 1965 mit Jahresraten von 0,1 Prozent bis 0,6 Prozent an. Aufgrund der Rezession 1966/1967 kam es zu einem drastischen Beschäftigungseinbruch im Jahr 1967 um -3,3 Prozent, der dazu führte, dass die Beschäftigung für den gesamten Zeitraum von 1962 bis 1969 betrachtet um durchschnittlich 0,1 Prozent pro Jahr sank. Abb. 7 belegt, dass die Beschäftigungsverluste in den anderen EU-Staaten geringer als in

<sup>5</sup> Die Entwicklung des Beschäftigungswachstums der 15 Staaten der Europäischen Gemeinschaft von 1962 bis 2001 enthält Tabelle 5 im Anhang.

Deutschland ausfielen. In den 15 EU-Staaten wuchs die Beschäftigung im Zeitraum zwischen 1962 und 1969 leicht an, um durchschnittlich 0,2 Prozent pro Jahr.

**1970 – 1982:** Die von den sozialliberalen Bundesregierungen in den 80er Jahren betriebene keynesianische Beschäftigungspolitik trieb die Staatsschulden drastisch in die Höhe, konnte aber die Beschäftigung nicht auf Dauer ankurbeln. In Deutschland wuchs die Beschäftigung zwischen 1970 und 1982 im Durchschnitt nur um 0,1 Prozent pro Jahr, in allen 15 EU-Staaten um 0,2 Prozent. Von 1974 bis 1976 hatte Deutschland, wie Abb. 7 zeigt, im Vergleich zu den anderen EU-Staaten wiederum deutlichere Beschäftigungseinbrüche zu verzeichnen. 1975 wurde mit einem Einbruch der Beschäftigung um 2,7 Prozent der zweitschlechteste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht.

**1983 – 1989:** Während in den USA und Japan in den 80er Jahren in großem Umfang neue Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich geschaffen wurden, stieg die Beschäftigung in der EU nur mäßig an. Studien zeigen, dass insbesondere die Beschäftigungsintensität des Wachstums in Europa und vor allem in Deutschland deutlich geringer als in den USA ist. Nach diesen Untersuchungen entstehen in den USA bereits ab einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent neue Arbeitsplätze, in Deutschland liegt diese Schwelle hingegen bei rund 3 Prozent Wirtschaftswachstum. Dies sind Wachstumsraten, die seit den 70er Jahren nur noch einmal Ende der 80er Jahre unter Bundeskanzler Helmut Kohl erreicht wurden. Von 1983 bis 1989 wuchs die Beschäftigung in Deutschland im Schnitt um 0,6 Prozent, in den anderen 15 Staaten der EU um 0,7 Prozent. Nach Überwindung der Rezession von 1980 bis 1982 wuchs die Beschäftigung in Deutschland von 1984 bis 1989 sogar um durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr. Abb. 7 zeigt, dass Deutschland 1982 und 1983 noch unter dem EU-Durchschnitt bei der Beschäftigungsentwicklung lag, ab 1985 aber ein deutlich höheres Beschäftigungswachstum als die anderen EU-Staaten aufweisen konnte. Von 1987 bis 1989 lag Deutschland beim Wirtschaftswachstum und entsprechend auch bei der Beschäftigungsentwicklung wieder unter dem Durchschnitt der 15 EU-Staaten.

**1990 – 1998:** In diesem Zeitraum betrug das durchschnittliche Beschäftigungswachstum in wiedervereinigten Deutschland 0,4 Prozent, während es im EU-Durchschnitt nur um 0,3 Prozent stieg. Abb. 7 zeigt den Vereinigungsboom, der Deutschland 1990 und 1991 hohe Beschäftigungszuwächse bescherte, während andere große EU-Staaten, wie Frankreich und Großbritannien, zu der Zeit nur ein geringes Wachstum und damit geringere Beschäftigungszuwächse aufzuweisen hatten. Deutschland musste zu Beginn der 90er Jahre den Strukturbruch in den neuen Bundesländern verkraften, der mit einem gewaltigen Verlust von Arbeitsplätzen verbunden war. Die

Entwicklung der Zahl der Beschäftigten belegt dies, gibt aber im weiteren Verlauf natürlich auch das Wellenmuster der Konjunkturverläufe in Deutschland wieder (Abb. 7). Auch in den anderen EU-Staaten waren mit wenigen Ausnahmen (Niederlande, Österreich, Irland, Luxemburg) vor allem zu Beginn der 90er Jahre zum Teil massive Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen. Fast allen Staaten (Ausnahmen: Deutschland, Schweden und Griechenland) gelang es jedoch ab 1995, die Beschäftigung zügig wieder aufzubauen.

**1999 – 2001:** Weil die Konjunktur seit 1998 wieder anzog und insbesondere 1999 und 2000 gut lief, profitierte auch der Arbeitsmarkt. 1999 stieg die Zahl der Beschäftigten in Deutschland um 1,2 Prozent und 2000 um 1,6 Prozent, 2001 gab es allerdings keinen Zuwachs mehr. In den 15 EU-Staaten insgesamt wuchs die Beschäftigung 1999 um 1,6 Prozent, 2000 um 1,7 Prozent und 2001 immerhin noch um 1,1 Prozent. Durchschnittlich wuchs ab 1999 die Beschäftigung in Deutschland durchschnittlich um 0,9 Prozent pro Jahr, im übrigen EU-Europa hingegen durchschnittlich pro Jahr um 1,5 Prozent. Wie Abb. 7 zeigt, lag damit Deutschland im Jahr 2001 bei der Schaffung von Arbeitsplätzen wieder deutlich unter dem EU-Durchschnitt.



## Anhang

**Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt – Reales Wachstum (Jährliche Veränderung in %)**

	D	B	DK	GR	E	F	IR	I	LU	NL	Ö	P	FI	S	GB	EU-15
1962	4,7	5,2	5,7	0,4	9,3	6,7	3,2	6,2	1,4	4	2,4	6,6	3	4,3	1,3	4,7
1963	2,8	4,4	0,6	11,8	8,8	5,3	4,7	5,6	3,4	3,6	4,1	5,9	3,3	5,3	5	4,8
1964	6,7	6,9	9,3	9,4	6,2	6,5	3,8	2,8	7,9	8,3	6	7,3	5,2	6,8	5,4	5,9
1965	5,4	3,6	4,6	10,8	6,3	4,8	1,9	3,3	1,9	5,2	2,9	7,6	5,3	3,8	2,4	4,3
1966	2,8	3,1	2,7	6,5	7,2	5,2	0,9	6	1,1	2,7	5,6	3,9	2,4	2,1	1,9	3,9
1967	-0,3	3,9	3,9	5,7	4,3	4,7	5,8	7,2	0,2	5,3	3	8,1	2,2	3,4	2,3	3,4
1968	5,5	4,2	4,3	7,2	6,6	4,3	8,2	6,5	4,2	6,4	4,5	9,2	2,3	3,6	4,1	5,2
1969	7,5	6,6	6,9	11,6	8,9	7	5,9	6,1	10	6,4	6,3	3,4	9,6	5	2	6,1

1970	5	6,2	2,5	8,9	4,2	5,7	2,7	5,3	1,7	5,8	7,1	7,6	7,5	6,5	2,3	4,9
1971	3,1	3,8	2,6	7,8	4,6	4,8	3,5	1,9	2,7	4,5	5,1	6,6	2,4	0,9	2,1	3,3
1972	4,3	5,3	4,5	10,2	8,1	4,4	6,5	3,2	6,6	3,1	6,2	8	7,7	2,3	3,6	4,5
1973	4,8	6,1	3,6	8,1	7,8	5,4	4,7	6,5	8,3	5	4,9	11,2	7	4	7,2	6
1974	0,2	4,2	-1,4	-6,4	5,6	3,1	4,3	5,3	4,2	4,1	3,9	1,1	3,2	3,2	-1,6	2
1975	-1,3	-1,3	-1,7	6,4	0,5	-0,3	5,7	-2	-6,6	0,2	-0,4	-4,3	1,8	2,6	-0,6	-0,6
1976	5,3	5,7	6,4	6,9	3,3	4,2	1,3	6,5	2,5	4,8	4,6	6,9	-0,1	1,1	2,8	4,5
1977	2,8	0,6	1,1	2,9	2,8	3,2	8,1	2,4	1,6	2,3	4,9	5,5	0,3	-1,6	2,3	2,6
1978	3	2,8	1,8	7,2	1,5	3,4	7,1	3,7	4,1	2,4	-0,4	2,8	2,3	1,8	3,3	3
1979	4,2	2,3	3,1	3,3	0	3,3	3,1	5,5	2,3	2,2	5,3	5,6	6,8	3,8	2,6	3,5
1980	1	4,4	-0,6	0,7	1,3	1,6	3,1	3,5	0,8	1,2	2,2	4,6	5,1	1,7	-2,1	1,3
1981	0,1	0	-2,1	-1,6	-0,1	1,2	3,3	0,8	-0,6	-0,5	-0,1	1,6	2,1	-0,2	-1,5	0,1
1982	-0,9	0,4	2,7	-1,1	1,2	2,6	2,3	0,6	1,1	-1,2	2,1	2,1	3,1	1,2	2	1

1983	1,8	0,3	1,7	-1,1	1,8	1,5	-0,2	1,2	3	1,7	2,9	-0,2	2,7	1,9	3,6	1,8
1984	2,8	2,5	3,5	2	1,8	1,6	4,3	2,8	6,2	3,3	0,4	-1,9	3,4	4,3	2,5	2,4
1985	2	2	3,6	2,5	2,3	1,5	3,1	3	2,9	3,1	2,4	2,8	3,1	2,2	3,6	2,5
1986	2,3	1,7	4	0,5	3,3	2,4	0,3	2,5	7,8	2,7	2,1	4,1	2,5	2,7	3,9	2,7
1987	1,5	2,8	0	-2,3	5,5	2,5	4,7	3	2,3	1,4	1,6	6,4	4,2	3,3	4,5	2,9
1988	3,7	4,6	1,2	4,3	5,1	4,6	4,3	3,9	10,4	3,1	3,4	7,5	4,7	2,6	5,2	4,3
1989	3,6	3,9	0,2	3,8	4,8	4,2	6,2	2,9	9,8	5	4,2	6,4	5,1	2,7	2,2	3,5

1990	5,7	2,9	1	0	3,8	2,6	7,6	2	2	4,1	4,7	4	0	1,1	0,8	2,9
1991	5	1,8	1,1	3,1	2,5	1	1,9	1,4	4,6	2,5	3,3	4,4	-6,3	-1,1	-1,4	1,7
1992	2,2	1,6	0,6	0,7	0,9	1,5	3,3	0,8	3,7	1,7	2,3	1,1	-3,3	-1,7	0,2	1,2
1993	-1,1	-1,5	0	-1,6	-1	-0,9	2,7	-0,9	4,1	0,9	0,4	-2	-1,1	-1,8	2,5	-0,3
1994	2,3	2,8	5,5	2	2,4	2,1	5,8	2,2	3,8	2,6	2,6	1	4	4,1	4,7	2,8
1995	1,7	2,6	2,8	2,1	2,8	1,7	10	2,9	3,2	2,9	1,6	4,3	3,8	3,7	2,9	2,5
1996	0,8	1,2	2,5	2,4	2,4	1,1	7,8	1,1	3,6	3	2	3,8	4	1,1	2,6	1,7
1997	1,4	3,6	3	3,6	4	1,9	10,8	2	9	3,8	1,6	3,9	6,3	2,1	3,4	2,6
1998	2	2,2	2,5	3,4	4,3	3,4	8,6	1,8	5,8	4,3	3,5	4,5	5,3	3,6	3	2,9

1999	1,8	3	2,3	3,4	4,1	2,9	10,8	1,6	6	3,7	2,8	3,4	4,1	4,5	2,1	2,6
2000	3	4	3	4,3	4,1	3,1	11,5	2,9	7,5	3,5	3	3,4	5,6	3,6	3	3,3
2001	0,6	1,3	1,3	4,1	2,7	2	6,5	1,8	4	1,5	1,1	1,7	0,5	1,4	2,3	1,7

(Quelle: Eurostat)

**Tabelle 2: Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des BIP**

	D	B	DK	GR	E	F	IR	I	LU	NL	Ö	P	FI	S	GB	EU-15
1970	18,6	65		22,2	15,1		51,5	38	18,9		19		11,9	27,2	81,2	
1971	18,6	64,2	12	22,6	15,8		49,3	42,7	19		17,8		10,7	27,6	77,3	
1972	18,8	63,9	10,6	23,7	14,4		46,3	49	16,9		17,1		9,7	27,4	71,8	
1973	18,3	61,7	8,3	19,5	12,7		43,3	51,3	13,7		17,1	16,6	7,9	26,8	66,9	
1974	19,4	57,6	5,8	26	12,2		54,2	51,5	11,2		17,2	16,2	6,3	27,1	67	
1975	24,8	59,3	6,5	22,6	12,4		61,1	57,3	12,2	41	23,4	24	6,7	26,4	63,1	
1976	26,3	59,9	10,5	22	12,2		66,2	56,3	11	40,7	26,9	29,5	6,3	24,6	62,4	
1977	27,3	63,4	14,1	22,2	13,3	20,8	62,9	56,4	11,2	40,2	29,2	31,2	8	26,7	61,3	34,6
1978	28,7	67	23,6	28,8	13,4	21,9	64,9	61,7	10,3	41,5	33	34,1	11,4	30,8	58,8	36,5
1979	29,7	70,1	29,4	28,1	15,1	21,9	70,7	61,1	9,5	43,5	34,9	38,5	11,5	35,3	55,5	37,1
1980	31,7	78,3	36,4	27,9	17	20,4	72,3	58,3	9,3	46,3	36,4	34,9	11,6	40	54,9	38,4
1981	35,4	91,6	48,1	33,1	20,8	22,6	78	60,3	9,7	50,2	38,1	44,4	11,9	48,1	55,2	41,9
1982	38,7	101,9	60	37,4	25,9	26,3	87,7	65,1	9,6	55,6	40,5	47,7	14,3	57,4	54,1	45,5

1983	40,2	112,8	69	43	31,3	27,7	98	70	10,1	61,8	44,9	53,2	15,9	61,1	54,3	48,8
1984	41	116,9	72,7	51,3	37,5	30	102,3	75,3	10,1	65,9	47,5	58,6	15,7	62,5	56,3	51,6
1985	41,7	121,8	69,8	59,9	42,7	31,8	105,3	82	9,6	70,5	49,4	66,6	16,4	61,9	54,4	53,8
1986	41,6	127,2	61,9	62,2	44,1	32,3	117,1	86,3	9,2	72,4	54	65,3	17,1	61,5	52,8	54,7
1987	42,6	131,6	57,9	69,9	44,4	34,5	118,2	90,5	8,1	75	57,9	62,9	18,3	54,4	50,2	55,8
1988	43,1	131,6	60	76,4	40,7	34,5	113,8	92,6	6,5	77,9	59,2	62,4	17,1	48,7	43,6	54,9
1989	41,8	127,6	57,8	80,4	42,1	35,2	103,9	95,4	5,3	77,7	58,3	61	14,8	43,7	37,8	54,1

1990	43,5	127,7	57,7	88,9	44	36,3	97,5	97,3	4,4	77,4	57,5	63	14,5	42	35,1	54,9
1991	40,4	129,8	62,3	91,1	44,7	36,7	97,3	100,6	3,9	77,2	57,7	64,9	22,9	51,2	35	55,3
1992	43,1	131,2	66,3	97,4	47,1	40,6	94,7	107,7	4,8	78,1	57,5	57,8	41	65,1	41	59,6
1993	47,2	138	78	110,1	58,7	46,1	98,8	118,2	5,8	79,3	62	61,1	57,3	75,1	47,6	65,2
1994	49,4	136,4	73,5	107,9	61,2	49,6	92,6	123,9	5,4	76,1	64,7	62	58,8	77,7	49,6	67,3
1995	57,1	133,4	69,3	108,7	64	54	84,3	123,3	5,6	77	68,5	64,1	57,1	76,6	51,8	70,2
1996	59,8	130,1	65,1	111,3	68,1	57,1	74,2	122,1	6,2	75,2	69,2	62,7	57,1	76	52,3	72,1
1997	61	124,7	61,2	108,2	66,6	59,3	65,1	120,2	6	69,9	64,7	58,9	54,1	73,1	50,8	71
1998	60,9	119,3	56,2	105	64,5	59,5	54,8	116,4	6,2	66,8	63,9	54,8	48,8	70,5	47,6	68,9

1999	61,3	115	52,7	103,9	63,1	58,5	49,3	114,6	5,9	63,1	64,9	54,5	47,3	65	45,2	67,3
2000	60,3	109,3	46,8	102,7	60,4	57,6	38,6	110,5	5,3	56,1	63,5	53,6	44,2	55,3	42,3	64,2
2001	60,1	107	43,8	99,8	58	57,1	34,4	108,2	5,2	51,8	62,3	53,5	42,8	52,3	39,2	62,6

(Quelle: Eurostat)

**Tabelle 3: Gesamtstaatliches Defizit (-) bzw. Überschuss des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes**

	D	B	DK	GR	E	F	IR	I	LU	NL	Ö	P	FI	S	GB	EU-15
<b>1990</b>		-6,7	-1			-2,2	-2,8		4,8		-2,0		5,3		-1,5	
<b>1991</b>	-3	-7,3	-2,4			-2,4	-2,9		1,4		-3		-1,1		-2,8	
<b>1992</b>	-2,5	-7,9	-2,2			-4,2	-3		2,6		-2		-5,6		-6,5	
<b>1993</b>	-3,1	-7,3	-2,9			-6	-2,7		5,2		-4,2		-7,3	-11,9	-8	
<b>1994</b>	-2,4	-5	-2,4			-5,5	-2		4,7		-5		-5,7	-10,8	-6,7	
<b>1995</b>	-3,3	-4,3	-2,3	-10,2	-6,6	-5,5	-2,2	-7,6	2,3	-4,2	-5,2	-4,5	-3,7	-7,9	-5,7	-5,2
<b>1996</b>	-3,4	-3,7	-1	-7,4	-4,9	-4,1	-0,2	-7,1	2,6	-1,8	-3,8	-4	-3,2	-3,2	-4,3	-4,2
<b>1997</b>	-2,7	-2	0,4	-4	-3,2	-3	1,2	-2,7	3,4	-1,1	-1,9	-2,7	-1,5	-1,5	-2	-2,4
<b>1998</b>	-2,2	-0,8	1,1	-2,4	-2,6	-2,7	2,3	-2,8	3,2	-0,8	-2,4	-2,3	1,3	1,3	0,4	-1,6
<b>1999</b>	-1,6	-0,6	3,1	-1,7	-1,1	-1,6	2,3	-1,8	3,8	0,4	-2,2	-2,2	1,8	1,9	1,1	-0,7
<b>2000</b>	1,2	0,1	2,5	-0,8	-0,3	-1,3	4,5	-0,5	5,8	2,2	-1,5	-1,5	6,7	7,0	4,1	1,2
<b>2001</b>	-2,7	0,2	2,5	0,1	0	-1,4	1,7	-1,4	5	0,2	0,1	-2,2	5,3	4,9	0,9	-0,6

Quelle: Eurostat

**Tabelle 4: Arbeitslosenquote (Jährlich), Anteil an der Erwerbsbevölkerung**

	D	B	DK	GR	E	F	IR	I	LU	NL	Ö	P	FI	S	GB	EU-15
1962	0,6	1,7	1,2	4,8	1,6	1,5	5,2	4,4	0	0,5	2	2,3	1,5	1,5	1,7	2
1963	0,6	1,5	1,5	4,8	2	1,6	5,4	3,6	0	0,6	2,3	2,4	1,7	1,7	2,1	2
1964	0,5	1,4	1,2	4,6	2,8	1,2	5,2	4	0	0,5	2,1	2,5	1,7	1,6	1,4	1,9
1965	0,4	1,6	0,9	4,8	2,6	1,5	5	5	0	0,6	2	2,5	1,5	1,2	1,2	2
1966	0,5	1,7	1,1	5	2,2	1,6	5,1	5,4	0	0,8	1,9	2,5	1,7	1,6	1,1	2
1967	1,4	2,4	1	5,4	3	2,1	5,5	5	0	1,7	2	2,5	3,3	2,1	2	2,6
1968	1	2,8	1	5,6	3	2,6	5,8	5,3	0	1,5	2,2	2,6	4,4	2,2	2,1	2,7
1969	0,6	2,2	0,9	5,2	2,5	2,3	5,5	5,3	0	1,1	2,2	2,6	3,2	1,9	2	2,4

1970	0,5	1,8	0,6	4,2	2,6	2,4	6,3	5,1	0	1	1,5	2,6	2,1	1,5	2,2	2,3
1971	0,6	1,7	0,9	3,1	3,4	2,7	6	5,1	0	1,3	1,3	2,5	2,5	2,5	2,7	2,6
1972	0,8	2,2	0,8	2,1	2,9	2,8	6,7	6	0	2,3	1,2	2,5	2,9	2,7	3,1	2,8
1973	0,8	2,2	0,7	2	2,6	2,7	6,2	5,9	0	2,4	1	2,6	2,6	2,5	2,2	2,6
1974	1,8	2,3	2,8	2,1	3,1	2,8	5,8	5	0	2,9	1,2	1,7	1,9	2	2	2,7
1975	3,3	4,2	3,9	2,3	4,5	4	7,9	5,5	0	5,5	1,6	4,4	2,7	1,6	3,2	3,9
1976	3,3	5,5	5,1	1,9	4,9	4,4	9,8	6,2	0	5,8	1,5	6,2	3,9	1,6	4,8	4,6
1977	3,2	6,3	5,9	1,7	5,3	4,9	9,7	6,7	0	5,6	1,2	7,3	5,9	1,8	5,1	4,9
1978	3,1	6,8	6,7	1,8	7,1	5,1	9	6,7	1,2	5,6	1,4	7,9	7,3	2,2	5	5,1
1979	2,7	7	4,8	1,9	8,8	5,8	7,8	7,2	2,4	5,7	1,2	7,9	6	2,1	4,6	5,3
1980	2,7	7,4	5,2	2,7	11,6	6,2	8	7,1	2,4	6,4	1	7,6	4,7	2	5,6	5,8
1981	3,9	9,5	8,3	4	14,4	7,3	10,8	7,4	2,4	8,9	1,4	7,3	4,9	2,6	8,9	7,4
1982	5,6	11,2	8,9	5,8	16,3	8	12,5	8	2,4	11,9	2,3	7,2	5,4	3,3	10,3	8,6

1983	6,9	11	9	7,1	17,5	8,1	13,9	7,5	3,5	9,7	2,9	8,2	5,5	3,7	11,1	9,1
1984	7,1	11,1	8,5	7,2	20,2	9,7	15,5	8	3,1	9,3	2,8	8,9	5,2	3,3	11,1	9,7
1985	7,2	10,4	7,1	7	21,6	10,1	16,8	8,3	2,9	8,3	2,9	9,2	5	2,9	11,5	9,9
1986	6,6	10,3	5,4	6,6	21,2	10,3	16,8	9	2,6	8,3	3,2	8,8	5,2	2,7	11,5	9,9
1987	6,4	10	5,4	6,7	20,6	10,4	16,6	9,8	2,5	8,1	3,4	7,3	4,8	2,2	10,6	9,7
1988	6,3	9	6,1	6,8	19,5	9,9	16,2	9,8	2	7,5	3,1	5,9	4,2	1,8	8,7	9,1
1989	5,6	7,5	7,3	6,7	17,2	9,4	14,7	9,8	1,8	6,9	2,7	5,2	3,1	1,6	7,3	8,3

1990	4,8	6,7	7,7	6,4	16,2	9	13,4	9	1,7	6,2	3	4,8	3,2	1,7	7	7,7
1991	5,6	6,6	8,4	7	16,4	9,5	14,7	8,6	1,7	5,8	3,3	4,2	6,6	3,1	8,8	8,2
1992	6,6	7,2	9,2	7,9	18,4	10,4	15,4	8,8	2,1	5,6	3,3	4,3	11,7	5,6	10,1	9,2
1993	7,9	8,8	10,2	8,6	22,7	11,8	15,6	10,2	2,6	6,6	3,9	5,7	16,4	9,1	10,5	10,7
1994	8,4	10	8,2	8,9	24,1	12,3	14,3	11,1	3,2	7,1	3,8	6,9	16,6	9,4	9,6	11,1
1995	8,2	9,9	7,2	9,2	22,9	11,8	12,3	11,6	2,9	6,9	3,9	7,3	15,4	8,8	8,7	10,7
1996	8,9	9,7	6,8	9,6	22,2	12,4	11,7	11,7	3	6,3	4,4	7,3	14,6	9,6	8,2	10,8
1997	9,9	9,4	5,6	9,8	20,8	12,3	9,9	11,7	2,7	5,2	4,4	6,8	12,7	9,9	7	10,6
1998	9,3	9,5	5,2	10,9	18,8	11,8	7,5	11,8	2,7	4	4,5	5,2	11,4	8,3	6,3	9,9

1999	8,6	8,8	5,2	11,6	15,9	11,2	5,6	11,3	2,4	3,4	3,9	4,5	10,2	7,2	6,1	9,1
2000	7,9	7	4,7	11,1	14,1	9,6	4,2	10,5	2,4	2,8	3,7	4,1	9,8	5,9	5,5	8,2
2001	7,9	6,9	4,5	10,6	13,1	9	3,9	9,5	2,4	2,3	3,8	4,1	9,1	5,1	5,1	7,8

(Quelle: Eurostat)

**Tabelle 5: Beschäftigte (Jährliche Veränderung der erwerbstätigen Bevölkerung in Prozent)**

	D	B	DK	GR	E	F	IR	I	LU	NL	Ö	P	FI	S	GB	EU-15
1962	0,3	1,3	1,5	-1	0,8	0,2	0,7	-1,1	0,3	2,9	0,4	0,5	-0,4	0,7	0,9	0,4
1963	0,2	0,1	1,2	-1,4	0,5	1	0,6	-1,6	-0,4	2	-0,6	0,2	0,4	0	0,2	0,1
1964	0,1	0,6	2,1	-1,3	0,5	1,1	0,5	-0,4	1,7	2,4	-0,1	-0,1	0	0,1	1,2	0,5
1965	0,6	-0,1	1,8	-0,7	0,5	0,4	-0,2	-1,7	0,9	1,5	-0,6	0,2	1,2	1	1	0,3
1966	-0,3	0,2	0,5	-0,9	0,5	0,8	-0,3	-1,6	0,5	1,7	-1	-0,1	0,2	0,9	0,6	0
1967	-3,3	-0,4	-0,2	-1,2	0,8	0,3	-0,6	1,2	-1,1	0,6	-1,8	-0,6	-1,8	-1	-1,5	-0,8
1968	0,1	-0,2	0,5	-1,2	0,8	-0,3	0,3	-0,2	-0,4	1,6	-1,2	-0,6	-1,3	1,1	-0,5	-0,1
1969	1,6	1,4	1,6	-0,3	0,9	1,5	0,3	0,5	1,4	2,4	-0,1	-0,6	1,5	1,2	0,1	0,9

1970	1,3	1,5	1	-0,1	0,7	1,5	-1,2	0,2	2	1,3	0,4	2,3	2,1	1,9	-0,4	0,8
1971	0,4	0,6	-0,1	0,3	0,5	0,5	-0,4	0	3,2	0,9	1,1	2,7	-0,7	-0,2	-0,9	0,2
1972	0,4	-0,2	1,7	0,5	0,3	0,6	0,3	-0,3	2,7	-0,8	0,7	0	0,9	0,3	-0,1	0,2
1973	1,1	0,9	1,2	1	2	1,4	1,4	1,4	1,9	0,6	1,7	-0,4	1,9	0,4	1,9	1,3
1974	-1,2	1,6	-0,8	0,1	0,7	0,9	1,4	1,6	2,8	0,6	0,9	-0,7	0,3	2	0,6	0,4
1975	-2,7	-1,4	-1,2	0,1	-1,6	-0,9	-0,8	0,1	1,2	-0,1	-0,5	-1,2	-0,5	2	-0,1	-0,9
1976	-0,5	-0,5	1,7	1,2	-1,1	0,8	-0,8	1	-0,1	0,6	0,3	-0,4	-0,9	0,3	-0,8	0
1977	0,1	-0,4	-0,2	0,8	-0,7	0,8	1,8	0,3	-0,1	0,6	1,1	0,3	-1,8	0	0,1	0,2
1978	0,8	0,2	0,8	0,4	-1,7	0,5	2,5	0,3	-0,6	1,2	0,4	-1,6	-0,9	0,5	1,1	0,4
1979	1,7	1	0,9	1,1	-1,7	0,5	3,2	1,1	0,5	2,1	0,5	2,2	2,2	1,2	1,5	1
1980	1,6	-0,1	-0,7	1,4	-3	0,3	1	1,4	0,7	1,1	0,8	-0,4	2,9	1,2	-0,2	0,4
1981	-0,1	-1,9	-1,5	5,2	-2,6	-0,4	-0,9	-0,1	0,3	-0,6	-0,6	1,1	1,3	0,2	-3,9	-1
1982	-1,2	-1,3	0,3	-1,1	-0,9	0,1	0	0,2	-0,3	-1,6	-1,1	-1,9	1,1	-0,2	-1,8	-0,8

1983	-1,4	-1,3	0,2	0,5	-0,5	-0,3	-1,9	0,3	-0,3	-1,2	-0,3	-1,1	0,4	0,2	-1,3	-0,7
1984	0,2	0,1	1,5	-0,2	-2,4	-0,2	-1,9	0	0,6	0,9	-0,1	-1,5	0,6	0,8	2,1	0,2
1985	0,7	0,6	2,3	2,5	-1,4	-0,8	-2,6	0,9	0,9	1,8	0,2	0	0,1	1	1,2	0,5
1986	1,4	0,6	2,3	0,3	1,4	0,4	0,7	0,7	2,5	2,4	0,1	-2,7	-0,3	0,6	-0,1	0,6
1987	0,7	0,6	0,4	-0,1	4,5	0,8	0,9	0,2	2,7	1,8	0,4	2,3	0,5	0,8	1,8	1,2
1988	0,8	1,7	-0,7	1,7	3,4	0,9	0	1,1	3	2	0,4	2,2	1	1,4	3,5	1,7
1989	1,5	1,2	-0,7	0,4	3,4	1,7	-0,2	0,7	3,5	2,6	1,3	1,9	0,9	1,5	2,7	1,7

1990	3	0,9	-0,7	1,3	3,6	1	4,3	1,6	4,2	2,9	1,6	1,7	-0,5	0,9	1,2	1,8
1991	2,5	0,1	-0,6	-2,3	1	0,1	0	1,9	4,1	1,8	1,4	2,8	-5,6	-1,5	-3	0,3
1992	-1,5	-0,5	-0,8	1,4	-1,5	-0,5	1	-0,5	2,5	1,6	0,2	-1,6	-7,2	-4,5	-2,3	-1,2
1993	-1,4	-0,8	-1,5	1	-2,9	-1,2	0,6	-2,5	1,8	0	-0,6	-2	-6,2	-5,2	-1,4	-1,7
1994	-0,2	-0,4	1,4	1,9	-0,5	0	3,1	-1,5	2,5	0,7	-0,1	-1	-1,1	-0,8	0,7	-0,1
1995	0,2	0,7	0,5	0,9	1,8	0,8	5,1	-0,1	2,5	1,5	0	-0,7	1,6	1,3	1,5	0,8
1996	-0,3	0,4	0,7	-0,4	1,3	0,3	3,6	0,6	2,6	2,3	-0,6	-5,9	1,4	-0,6	1,1	0,3
1997	-0,2	0,7	1,2	-0,6	2,9	0,5	5,6	0,4	3,1	3,2	0,5	1,7	3,3	-1,1	2	1
1998	1,1	1,2	1,7	4,1	3,6	1,3	8,6	1	4,5	2,6	0,7	2,7	2,1	1,2	1,4	1,7

1999	1,2	1,4	1,5	-0,8	3,5	1,8	6	1,1	5,4	2,5	1,2	1,8	2,7	2,2	1,1	1,6
2000	1,6	1,6	0,8	-0,3	3,1	2,2	4,7	1,6	5,3	2,4	0,5	1,7	1,9	2,1	1	1,7
2001	0	1,2	0,4	1,1	2,3	1,6	2,3	1,5	5,5	2	0	1,5	1,4	1,8	0,7	1,1

(Quelle: Eurostat)

## Erläuterungen

<b>Länderkürzel</b>				
<b>D</b>	Deutschland		<b>FIN</b>	Finnland
<b>F</b>	Frankreich		<b>B</b>	Belgien
<b>GB</b>	Großbritannien		<b>LUX</b>	Luxemburg
<b>I</b>	Italien		<b>IRL</b>	Irland
<b>E</b>	Spanien		<b>P</b>	Portugal
<b>NL</b>	Niederlande		<b>Ö</b>	Österreich
<b>DK</b>	Dänemark		<b>GR</b>	Griechenland
<b>S</b>	Schweden		<b>EU-15</b>	15 Mitglieder der EU